



Zeitschrift der AG Cuba Sí
in der Partei DIE LINKE

Kuba lässt sich nicht einschüchtern

„Die Welt kann es sich nicht leisten, passiv zu sein, während ungestraft dazu aufgerufen wird, Länder zu zerstören“, sagte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez auf einer Pressekonferenz im April 2019. Er bezog sich bei dieser Aussage auf die erneute Verschärfung der US-Blockade gegen sein Land durch die Aktivierung von Teil drei des „Helms-Burton-Gesetzes“. (→ Artikel Seite 3)

Tiefe Besorgnis über diese Maßnahme der US-Regierung äußerte auch Idriss Jazairy, UN-Sonderberichterstatter über die negativen Folgen einseitiger Zwangsmaßnahmen. Wirtschaftssanktionen, die einen Regime Change herbeiführen sollen, so Jazairy, „waren nie eine akzeptierte Praxis in den internationalen Beziehungen“. Die Mitgliedsstaaten der UNO sollten zusammen gegen Blockaden vorgehen, welche die Souveränität eines Landes, die Menschenrechte und die Rechte von Drittländern ignorieren sowie den Frieden bedrohen.

Dieser gemeinsame Widerstand an der Seite Kubas, Venezuelas und anderer Staaten ist zwingend notwendig! Bleibt er aus, besteht die Gefahr, dass die Normen in den internationalen Beziehungen verloren gehen, das Faustrecht zurückkehrt und das Völkerrecht zu einer Worthülse verkommt. Einen Vorgeschmack darauf lieferte US-Vizepräsident Pence Anfang April, als er in den Medien darüber sprach, das „Diktator-Regime in Havanna“ stürzen zu wollen.

Die Position Kubas ist klar: Dieses Volk lässt sich nicht einschüchtern und auch nicht von der Entwicklung seiner Wirtschaft und dem Aufbau des Sozialismus abbringen. Aber Kuba wird die Aggressionen nicht unterschätzen und alle notwendigen militärischen Vorkehrungen für einen Verteidigungsfall treffen. „Der Imperialismus“, so Raúl Castro, „besitzt trotz seiner großen Macht nicht die Fähigkeit, die Würde eines vereinten Volkes zu brechen, das stolz auf seine Geschichte und die Freiheit ist, die durch so viele Opfer erkämpft wurde.“

Kuba ist nicht allein! Viva la Solidaridad!



Foto: Marcel Kunzmann

Fotowettbewerb



Die kubanische Botschaft lädt ein zum Fotowettbewerb „500 Jahre Havanna“. Die besten Fotos werden prämiert und in einer Ausstellung gezeigt. Abgabeschluss: 15. Oktober 2019. Die Teilnahmebedingungen und weitere Infos gibt's unter: www.cuba-si.org

In Berlin, weit von seinem Zuhause entfernt, entdeckte der kleine Marcelito aus Havanna die Fahne seines Landes an einem Infostand von Cuba Sí. Seine Eltern erklärten ihm, dass es in Deutschland viele Freunde gibt, die Kuba helfen. „Aber warum“,

fragte Marcelito, „gibt es denn Leute, die nicht wollen, dass wir in Kuba glücklich sind?“ Dann hielt er – wie viele andere an diesem Tag auch – unser Schild in die Kamera „Ich sage: Keine Blockade mehr! Und was sagst Du?“

#UNBLOCKCUBA

Solarparks aus Deutschland

45 Millionen US-Dollar wird das deutsche Unternehmen EFF Solar S.A. in acht Solarstromanlagen in Kuba investieren. Der Grundstein für die erste Anlage in San Antonio de Las Vegas (Provinz Mayabeque) wurde bereits gelegt. Er wird eine Fläche von 8,6 Hektar umfassen und eine Nennleistung von fünf Megawatt haben. Bis Ende 2019 wird der Park ans Netz gehen. Drei weitere Anlagen in Mayabeque und vier in Matanzas werden im Frühjahr 2020 fertiggestellt. Diese neuen Anlagen können Wirbelstürmen der Stufe 5 standhalten.

Das deutsche Unternehmen ist ein Ableger der EFF Management UG aus Ansbach, das schon seit 2015 mit dem kubanischen Stromanbieter Unión Eléctrica de Cuba (UNE) zusammenarbeitet. Kuba möchte bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung (derzeit knapp 5%) auf 25 Prozent steigern. *Quelle: Prensa Latina*

Modernisierung des Eisenbahnsystems

Am 13. Juli 2019 startete der erste Zug mit neuen chinesischen Eisenbahnwagen von Havanna nach Santiago de Cuba. Kurz darauf wurde auch der Zugbetrieb mit den neuen Wagen in Richtung Holguín, Guantánamo, Bayamo und Manzanillo aufgenommen. Schon seit mehreren Jahren arbeitet Kuba gemeinsam mit China und Russland an der Modernisierung des Eisenbahnsystems.

Die neuen Passagierwagen haben chinesische und kubanische Ingenieure für die Bedingungen auf Kuba entworfen. Produziert werden sie vom chinesischen Hersteller CRRC Tangshan Co. Ltd. Sie sind ausgestattet mit einer Klimaanlage (in der 2. Klasse mit Ventilatoren), drehbaren Sitzen, Leselampen, einem Unterhaltungssystem und einem Bordbistro. Ein Zug mit 11 Wagen kann 720 Passagiere befördern. Bis 2021 wird China 240 Wagen nach Kuba liefern. *Quellen: german.china.org, amerika21.de*

Digitalisierung

Innerhalb der ersten drei Monate nach dem Start des mobilen Internets in Kuba Ende 2018 haben sich schon rund zwei Millionen Kubaner angemeldet. Der Digitalisierung und der Verbesserung der Internetversorgung misst die kubanische Regierung prioritäre Bedeutung bei. Kuba setzt bei der Digitalisierung des Landes auf die Technik des chinesischen Unternehmens Huawei.

Die Informatikuniversität in Havanna (UCI) hat eine neue Suchmaschine speziell für kubanische Inhalte entwickelt (RedCuba), des Weiteren einen Messenger (ToDus) sowie einen App-Store (Apklis). Gegenwärtig arbeiten die UCI-Programmierer an einer Streamingplattform für Kuba (Picta).

Bis zum Jahresende 2019 sollen 17 Online-Shops entstehen, mit denen der bargeldlose Zahlungsverkehr getestet werden soll. Der kubanische Softwarehersteller Xedit arbeitet derzeit an einem Programm (EnZona), um das elektronische Bezahlen in Kuba zu vereinheitlichen.

Neue Apps für Smartphones mit Linienplänen und Anschlussverbindungen von Bussen und Rute-Taxis sollen die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs erleichtern. Und mit einer digitalen Verwaltung und Bürgerportalen möchte Kuba Behörden-gänge vereinfachen. *Quelle: amerika21.de*

Höhere Gehälter und höhere Renten

Gute Nachricht für rund 1,47 Millionen Kubanerinnen und Kubaner, die im Staatsdienst arbeiten: Sie bekommen mehr Gehalt. Ab dem 1. Juli beträgt das Durchschnittsgehalt eines kubanischen Staatsangestellten 1 067 Peso Nacional. Bisher verdiente beispielsweise ein Lehrer durchschnittlich 530 Peso Nacional. Auch der Mindestlohn im Staatsdienst wurde angehoben, er beträgt jetzt 400 Peso Nacional. Auch über 1,2 Millionen Rentner, deren Bezüge unter 500 Peso Nacional lagen, profitierten von den neuen Maßnahmen.

Die Löhne der Industriearbeiter hatten sich in den letzten Jahren durch betriebliche Lohnfonds schon deutlich verbessert – sie liegen gegenwärtig im Schnitt bei rund 1 200 Pesos. Im Gesundheitswesen gab es bereits 2014 eine Gehaltserhöhung.

Die Reform der Gehälter ist ein weiterer Schritt bei der geplanten Abschaffung der Zweitwährung CUC (konvertibler Peso). Mit der Legalisierung des US-Dollars als Zahlungsmittel (1993) und der späteren Einführung des CUC haben sich große und sichtbare soziale Unterschiede herausgebildet. Dem soll mit der geplanten Währungsreform entgegen-gewirkt werden.

Beachtenswert ist, dass die kubanische Regierung die Reform der Gehälter trotz der gegenwärtigen Verschärfung der US-Blockade und der militärischen Drohungen gegen das sozialistische Land umsetzt. *Quelle: cubaheute.de*

Karikatur: Osvial, Kuba



Hilfe für Mosambik

Am 14. März 2019 zog Hurrikan „Idai“ über Mosambik hinweg. Fast 500 Menschen starben, und rund 1,85 Millionen Menschen sind von den Zerstörungen des Hurrikans betroffen.

Kuba schickte umgehend 40 katastrophenerfahrene Mediziner des „Henry-Reeve“-Kontingents in das ostafrikanische Land und spendete außerdem ein Feldlazarett. Unterstützt wurde die „Henry-Reeve“-Brigade von den 372 medizinischen Fachkräften aus Kuba, die schon seit langem in Mosambik arbeiten. Während ihres Aufenthalts haben die kubanischen Mediziner insgesamt 22 259 Patienten behandelt und dabei u.a. 331 Operationen durchgeführt. Am 2. Juni ist die Ärzte-Brigade nach Kuba zurückgekehrt. *Quelle: Granma internacional*

Neue Ideen für die kubanische Wirtschaft

Der Ministerrat Kubas hat im Juni 2019 Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft des Landes beschlossen. Ziel sei, die nationale Produktion zu stärken und zu erweitern sowie Importe durch einheimische Produkte zu ersetzen. Die Schlüsselbereiche, die mehr Dynamik benötigten, seien die Lebensmittelproduktion, der Wohnungsbau, der Transport und die Digitalisierung.

Kuba möchte künftig das Fachwissen und die Forschungsergebnisse der Universitäten stärker nutzen, neue Produkte entwickeln, Produktionsketten schaffen und neue Exportmöglichkeiten erschließen. Mehr gefördert werden soll die lokale Entwicklung.

Der nichtstaatliche Sektor wird eine noch größere Rolle spielen, er soll stärker mit den staatlichen Betrieben verknüpft werden. Die staatlichen Betriebe bleiben die wichtigste Säule der kubanischen Wirtschaft. Sie werden weitere Kompetenzen, z.B. bei der Erarbeitung der Pläne, sowie mehr Autonomie gegenüber den Ministerien erhalten. Die kubanische Regierung spricht von einer „Dezentralisierung der Wirtschaft“ ab dem Jahr 2020.

„Das Ende der US-Blockade“, so Präsident Díaz Canel, „liegt nicht in unseren Händen, weshalb wir uns auf den Teil konzentrieren müssen, den wir beeinflussen können: unsere Intelligenz, unsere Kreativität und unsere Mühe“. *Quelle: Prensa Latina*

Präventive HIV-Therapie

Ein Pilotprojekt der präventiven HIV-Therapie hat Kuba am 6. März in Cárdenas, Provinz Matanzas, gestartet. Bei dieser Präexposition prophylaxe (PrEP) wird eine Tablette verabreicht, die HIV-Infektionen bei Menschen, die das Virus nicht in sich tragen, verhindern kann. Das Medikament wird gegenwärtig kostenfrei an 28 Personen ausgegeben; bei täglicher Einnahme kann das Risiko einer Infektion um mehr als 90 Prozent gesenkt werden. Fachleute schätzen die Wirksamkeit hoch ein, empfehlen aber parallel dazu die Verwendung von Kondomen, um die Ansteckung mit anderen sexuell übertragbaren Krankheiten zu vermeiden. Kuba realisiert das Pilotprojekt gemeinsam mit der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation. *Quelle: Granma*

Ein Angriff auf die Souveränität

Die USA verschärfen ihre Sanktionen gegen Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien.



Am 2. Mai hat die Trump-Regierung das getan, was sich zuvor kein anderer US-Präsident gewagt hatte: Sie hat Teil drei des „Helms-Burton-Gesetzes“ (offiziell: Cuban Liberty and Democratic Solidarity [Libertad] Act) in Kraft gesetzt. Von Clinton, der das Gesetz 1996 unterschrieben hat, bis Obama haben bisher alle Präsidenten besagten Teil drei regelmäßig ausgesetzt. Warum? Weil ihnen erstens klar war, dass die USA mit diesem Gesetzesteil eklatant gegen internationales Recht verstoßen würden, zweitens sogar Verbündete den Vorwurf erheben könnten, die USA bedrohten die Souveränität anderer Staaten, und drittens, weil dadurch unüberwindbare Hindernisse für eigene Entschädigungsforderungen gegenüber Kuba entstehen würden.

Teil drei des „Helms-Burton-Gesetzes“ eröffnet ehemaligen Besitzern verstaatlichten US-Eigentums in Kuba oder deren Nachfahren die Möglichkeit, Unternehmen in Drittländern zu verklagen, weil sie mit „beschlagmitem Eigentum illegal Handel treiben“. Als „illegalen Handel“ betrachten die USA sowohl direkte Geschäfte mit oder Investitionen in „beschlagmitem Eigentum“ als auch die Nutzung, die Vermietung, eine Hypothek oder eine darauf abgeschlossene Versicherung.

Ausländische Unternehmen, die mit Kuba zusammenarbeiten oder zusammenarbeiten wollen, sind nun – entgegen internationalem Recht – der permanenten Androhung einer Klage vor US-Gerichten ausgesetzt.

Die Europäische Union hat bereits am 15. Juli 1996 die extraterritorialen Auswirkungen des „Helms-Burton-Gesetzes“ verurteilt, und die Außenminister der EU erstellten eine Liste mit möglichen Gegenmaßnahmen. US-Präsident Clinton reagierte einen Tag später: Er verschob den Termin, ab dem auf Grundlage von Teil drei Klage erhoben werden kann, um sechs Monate. Dieses Aussetzen für jeweils ein halbes Jahr wurde dann zur Regel. Die sogenannte Blocking-Regulation des Europäischen

Fest der Linken, Juni 2019: Aktion von Cuba Sí gegen die US-Blockade vor der Talk-Bühne

Rates vom 22. November 1996, der die Anwendung von US-Blockadegesetzen in der EU verbietet, gilt bis heute (Verordnung Nr. 2271/96).

Auch Kuba hat sich gewehrt: Das Gericht der Provinz Havanna verurteilte am 2. November 1999 die Regierung der USA wegen Personenschäden zu einem Reparations- und Entschädigungsbetrag von 181,1 Milliarden US-Dollar und in einem weiteren Urteil vom 5. Mai 2000 zu einer Strafe von 121 Milliarden US-Dollar wegen der Kuba zugefügten wirtschaftlichen Schäden.

Interessant ist: Die USA sprechen von „beschlagmitem Eigentum“, als handle es sich um einen Rechtsakt nach einer Straftat. Zunächst muss man jedoch fragen, wie die USA – während der spanischen Kolonialzeit und mit der Einmischung in den Unabhängigkeitskampf Kubas (1895–1898) und der darauffolgenden US-Dominanz über die Insel – zu „ihrem Eigentum“ in Kuba gekommen sind?

Tatsache ist: Erst die Verstaatlichungen in Kuba in den 1960er Jahren haben die Insel nach mehr als 450 Jahren wieder zum Eigentum der Kubaner gemacht. Dass diese Maßnahmen der revolutionären Regierung mit dem internationalen Recht vereinbar waren, hat am 23. März 1964 sogar der US-Supreme Court festgestellt (Banco Nacional de Cuba gegen Sabbatino, 376 U.S. 398).

Mit der Schweiz und Frankreich (1967), mit Großbritannien, Italien und Mexiko (1978) sowie mit Spanien (1986) konnte Kuba Vereinbarungen über angemessene Entschädigungen aushandeln. Die Verstaatlichungen von Eigentum natürlicher und juristischer Personen aus den USA und die Festlegung einer Entschädigung regelt das Gesetz 851 vom 6. Juli 1960. Nach diesem Gesetz sollten die Entschädigungen über Schuldverschreibungen der Republik Kuba beglichen werden. Dafür wollte man

über 30 Jahre lang einen Fonds mit zweiprozentiger Verzinsung bei der Nationalbank Kubas einrichten, in den ein Teil der Devisengewinne aus den Zuckerverkäufen an die USA fließen sollte. Die Reaktion der US-Regierung ist bekannt: Sie stoppte die Zuckerimporte aus Kuba.

Zur Aktivierung von Teil drei des „Helms-Burton-Gesetzes“ kommen weitere Maßnahmen: Ein Verbot der USA für die eigenen Bürger, nach Kuba zu reisen; dies soll die Deviseneinnahmen Kubas schmälern. Immerhin sind allein in den ersten Monaten dieses Jahres eine Viertelmillion US-Amerikaner auf die Insel gereist. Mit finanziellen Strafen belegt wurden Tourismusunternehmen (Hotelbeds USA, Expedia, Cubasphere Inc.), weil sie Reisen nach Kuba organisiert hatten. Über 200 kubanische Unternehmen stehen auf der US-Sanktionsliste; der aktuelle Fall ist die kubanische Öl-Handelsfirma „Cubametales“. Auch Schiffseigner, die Öl von Venezuela nach Kuba transportieren, werden von der US-Regierung sanktioniert. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump flossen zusätzlich 22 Millionen US-Dollar an Organisationen, die subversive Projekte gegen Kuba umsetzen (cubamoneyproject.com).

Mit diesen Maßnahmen wollen die USA das erreichen, was sie 60 Jahre nicht geschafft haben – einen Systemwechsel in Kuba. Schon 1960 erklärte der stellvertretende US-Außenminister Mallory, man müsse „Kuba Geld und Versorgungslieferungen verweigern ...“, um Hunger, Verzweiflung und so den Sturz der Regierung herbeizuführen“. Und damals wie heute kommen militärische Drohungen hinzu: Am 17. April polterte US-Sicherheitsberater Bolton in den Medien: Man sollte jetzt das beenden, was an den Stränden von Playa Girón begann.

Noch nie haben die USA das völkerrechtlich verbriefte Recht der Länder akzeptiert, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Nur ein halbes Jahr vor der Aktivierung von Teil drei des „Helms-Burton-Gesetzes“ hat der US-Senat den sogenannten NICA-Act gegen Nicaragua (Nicaraguan Investment Conditionality Act) verabschiedet. Mit dem NICA-Act soll Nicaragua verwehrt werden, Kredite bei internationalen Banken aufzunehmen. Gleichzeitig beschloss der US-Senat ein „Menschenrechts- und Antikorruptionsgesetz“, um Strafmaßnahmen gegen die nicaraguanische Regierung ergreifen zu können.

Auch Venezuela ist gegenwärtig von US-Sanktionen betroffen – Kontensperrungen, Raub von Staatseinnahmen, das Verbot des Kaufs venezolanischer Staatsanleihen, das Verbot des Flugverkehrs aus den USA nach Venezuela. Erst im Juni wurde ein weiterer Putschplan gegen die Regierung Maduro aufgedeckt. Eine aktuelle Studie der US-Ökonomen Mark Weisbrodt und Jeffrey Sachs stellt fest: Die Sanktionen der US-Regierung haben allein zwischen 2017 und 2018 mehr als 40 000 Todesfälle in Venezuela verursacht. Diese Sanktionen, so die Autoren, zielten darauf ab, die Wirtschaft des Landes zu ruinieren und dadurch einen Regierungswechsel herbeizuführen.

Bolivien gerät jetzt – vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober dieses Jahres – verstärkt in die Schusslinie, weil die USA eine Wiederwahl von Evo Morales unbedingt verhindern wollen.

All diese Maßnahmen sind ein Angriff auf die Unabhängigkeit und die Souveränität dieser vier Länder. Dieser Angriff richtet sich gleichzeitig aber auch gegen die Ideen, die diese Länder verteidigen: die lateinamerikanische Integration, das Projekt ALBA und die Zone des Friedens auf dem Kontinent. Deshalb brauchen Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien jetzt in besonderem Maße die solidarische Unterstützung aller Linken!

Jörg Rückmann

Mexikos vierte Transformation

Seit dem 1. Dezember 2018 hat Mexiko einen Präsidenten aus dem linken Parteienspektrum. 53,7 Prozent der Wähler hatten Andrés Manuel López Obrador, kurz auch Amlo genannt, am 1. Juli 2018 ihr Vertrauen ausgesprochen und dem Wahlbündnis „Gemeinsam machen wir Geschichte“ eine satte Mehrheit im Abgeordnetenhaus und im Senat verschafft (→ Revista 2/2018).

Nach einer Umfrage der mexikanischen Zeitung El Economista lag die Zustimmung für Amlo nach 100 Tagen Amtszeit bei knapp 80 Prozent. Diese in der mexikanischen Geschichte einmalige Akzeptanz gilt vor allem seinem neuen Politikstil, seiner Austeritätspolitik bei den öffentlichen Finanzen, seinem Nein für den weiteren Ausbau des Großflughafens Mexiko-Stadt und dem Einsetzen einer Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes an den 43 Studenten aus Ayotzinapa. Sie gilt nicht uneingeschränkt für seine Großprojekte, für welche die Umfragewerte deutlich geringer ausfallen.



Der mexikanische Präsident bei Angehörigen der 43 ermordeten Studenten aus Ayotzinapa

López Obrador hat sein Gehalt als Präsident um die Hälfte gekürzt, Renten und Privilegien für die Ex-Präsidenten wurden per Senatsinitiative abgeschafft. Los Pinos, der offizielle Amtssitz der Präsidenten, wurde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die Präsidentenmaschine steht zum Verkauf, Helikopter und verdunkelte Staatskarossen wurden versteigert. Amlo nutzt zum Leidwesen der Sicherheitsverantwortlichen Linienflüge in der Touristenklasse.

Die Übernahme von Los Pinos

Er habe seine persönliche Abneigung gegen Luxus zur Staatsdoktrin erhoben und gängele sein Kabinett, so Kritiker. López Obrador tue genau das, was er gut könne und was ihm Freude bereite, nämlich Kontakt mit der Bevölkerung halten, drückt es der Historiker Alfredo Jalife wohlwollender aus. Sein Kabinett sei klug zusammengestellt und – da der Präsident seinen Montesquieu gelesen habe und das Prinzip der Gewaltenteilung beherrsche – auch gut angeleitet.

Ein Novum sind die täglichen Pressekonferenzen um 7 Uhr morgens, mit der er für die Themen im Land die Agenda setzt. Die Presse, die ihn im Wahlkampf heftig attackierte, hat sich darauf eingelassen und nutzt die Möglichkeit zum direkten Gespräch. Für viele Mexikaner beginnt der Tag mit einer Tasse Kaffee und der Live-Zuschaltung in den sozialen Medien. Zugriffszahlen und Kommentarfunktion zeigen ein ungebrochenes Interesse.

Politikbeobachter sind bemüht, die sogenannte 4. Transformation, die in einer Linie mit der Unabhängigkeit 1821, den modernisierenden Reformen unter Benito Juárez im 19. Jahrhundert und der Revolution von 1910 steht, ideengeschichtlich einzuordnen. Es sei eine Revolution, so Alfredo Jalife, allerdings nicht jene, die man mit der Einnahme des Winterpalastes verbinde – die Übernahme von Los Pinos sei die Französische Revolution. Diese stoße allerdings irgendwann auch an ihre Grenzen.

Pragmatischer erklärt es die Generalsekretärin der Regierungspartei Morena Yeidckol Polevnsky den Teilnehmern eines internationalen Seminars der mexikanischen Partei der Arbeit (PT). Die 4. Transformation habe den Wechsel der „produktiven Matrix“ zum Ziel, setze auf Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, auf Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch auf Freihandelszonen, in denen die Regierung steuerliche Anreize und subventionierte Energiepreise garantiert und Zahlung des doppelten Mindestlohnes verlangt. Kostenlose Bildung und umfassende Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau seien in der Planung.

Drehbuch der 4. Transformation sind die 100 Vorhaben, die der Präsident bei seiner Vereidigung am 1. Dezember 2018 vorgestellt hat. Kernstück sei die soziale Gerechtigkeit, damit seien sie ein „linkes Programm sui generis“, so die konservative Tageszeitung El Economista. Märkte, private Investoren und Unternehmen würden nicht explizit als Begünstigte benannt, der Verweis auf die Autonomie der Bank von Mexiko und keine weitere Verschuldung seien Minimalkonditionen, um dem Kapital Sicherheit zu geben.

100 Vorhaben der Regierung

Nach 100 Tagen Amtszeit gibt der Präsident einen Rechenschaftsbericht. Von den 100 Vorhaben seien 62 bereits umgesetzt. Man habe aber nichts geplant, was nicht in den 6 Jahren Amtszeit verwirklicht werden könne. Mit 19 Verfassungsänderungen und 94 Gesetzen habe man die Grundlage geschaffen für einen Rechtsstaat, der soziale Absicherung, Meinungs- und Informationsfreiheit, Religionsfreiheit sowie Achtung der Menschenrechte und der sexuellen Orientierung garantiere. Korruption, Raub von Brennstoffen und Wahlbetrug seien als schwere Delikte eingestuft, verbrieft seien u. a. das Recht auf Volksbefragung, der Widerruf des Mandates und republikanische Austerität.

Mit dem Programm „Die Jugend baut die Zukunft“ seien bereits 82 000 von den 2,3 Millionen Jugendlichen ohne Beschäftigung von der Straße geholt, Stipendien für bedürftige Schüler und Studenten seien gestellt, bedürftige alte Menschen und Behinderte erhielten eine Grundrente. Man ermittle Haus für Haus die Bedürftigkeit, die Auszahlung erfolge direkt mittels einer Bankkarte.

Leitmotiv der Regierung sei das Prinzip „zum Wohle aller, zuerst die Armen“. Und da die Not in den ländlichen Regionen am größten sei, sollten alle Projekte den Menschen dort vorrangig zugute kommen, so der Präsident. 47 schwer zugängliche Gemeinden in Oaxaca seien mit Straßen verbunden, angelaufen sei das Programm „sembrando vida“ (Leben säen), mit dem auf einer Fläche von einer Million Hektar Obst- und Nutzbäume gepflanzt werden. Bauern erhielten unbürokratisch Kredite und zugesicherte Preise für den Verkauf von Mais, Reis, Bohnen, Kaffee und Milch. In Planung sei der Bau von 100 Universitäten in ländlichen Regionen.

Freihandelszonen an der über 3000 km langen Grenze zu den USA sowie auf der geplanten Verbindungsstrecke zwischen dem Golf von Mexiko und dem Pazifik seien auf den Weg gebracht, für den Tren Maya (Maya-Zug) liefen die Ausschreibungen. Mit dem Tren Maya sollen auf einer Strecke von 1 500 km die wichtigsten Sehenswürdigkeiten indigener Kultur in fünf Bundesstaaten leichter zugänglich gemacht werden. Der Zug soll nicht nur Touristen, sondern mit unterschiedlichem Preisgefüge auch Passagiere und Güter befördern.

Die Zapatisten sowie zwei größere indigene Dachverbände lehnen dieses und andere Großprojekte der Regierung jedoch ab und sprechen sich generell gegen die neue Regierung aus. Auf der anderen Seite gibt es die Bewegung „Indigene für die 4. Transformation“, die mit dem neu gegründeten Institut für indigene Fragen arbeitet. Das Pro und Contra dürfte sich die Waage halten.

Migration

Wer immer die Idee hatte, die am 17. Oktober 2018 in Honduras Richtung USA gestartete Karawane von 7 000 Migranten zu organisieren – genutzt hat sie der Politik der „Harten Hand“ von Trump, und den Schwarzen Peter hat man damit López Obrador zugeschrieben. Am 30. Mai verkündete Trump via Twitter, man werde ab 10. Juni 2019 Zölle auf mexikanische Waren erheben, sollte Mexiko nicht die illegale Einwanderung in die USA stoppen. Wiederholt hatte die mexikanische Regierung derartige Drohungen zurückgewiesen mit dem Hinweis, die humanitäre Krise sei nicht mit Repression zu lösen, man setze auf den Plan einer nachhaltigen integrierten Entwicklung in Mittelamerika.

Bis Ende Januar hatte die neue Regierung humanitäre Visa vergeben und Arbeitsmöglichkeiten in den neuen Großprojekten in Aussicht gestellt. Allerdings hielt sich die Nachfrage in Grenzen. Ziel der Migranten ist in der Regel nicht Mexiko, sie wollen in die USA. Seit Februar 2019 steigt deren Anzahl kontinuierlich. Im Februar teilte die Innenministerin mit, man rechne in den kommenden fünf Jahren mit 700 000 Migranten jährlich. Längst sind es nicht nur Menschen aus Mittelamerika, Brasilien oder Kuba, sondern auch aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten. López Obrador hatte wiederholt um Verständnis geworben, dass die Regierung den freien Durchgang verweigere und den Aufenthalt in den vier südlichen Bundesstaaten vorschreibe. Mit Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes garantiere man die „geordnete, sichere und regulierte“ Einwanderung. Dazu gehöre aber, dass Migranten sich registrieren ließen.

Innenpolitisch steht die Regierung massiv unter Druck von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, aber auch von Bürgern und Politikern, die eine Sicherung der mexikanischen Grenze fordern. Die Oppositionsparteien werfen der Regierung vor, sie habe mit ihrer großzügigen Vergabe von Visa die Migration angeheizt und verweigere nunmehr klare Regeln hinsichtlich Flüchtlingsstatus, Arbeitsmigration und politischem Asyl – Diskussionen, die in Deutschland nicht unbekannt sind. Umso eher sollte man hier vorsichtig sein mit dem Urteil, López Obrador sei in der Frage der Migration vor den USA eingeknickt.

Pepe Mujica, Ex-Guerillero und Ex-Präsident der linken Regierung in Uruguay, hatte in der Diskussion um Fehler linker Regierungen ungeduldigen Kritikern aus den eigenen Reihen auf den Weg gegeben, seine Erfahrung im Amt habe ihm Respekt eingeblüht vor der „hohen Kunst des Regierens.“

Roswitha Yildiz

Brasilien unter „Boi – Biblia – Bala“

Jair Bolsonaro, ein ehemaliger Hauptmann der brasilianischen Armee, ist seit Januar 2019 Präsident Brasiliens. Die Wahl erbrachte zudem den Vertretern von Boi, Biblia und Bala (Boi: Ochse, für Agrobusiness; Biblia: Bibel, für die religiösen Fundamentalisten; Bala: Kugel, für Militär/Polizei) die Mehrheit im Kongress und Senat. Bolsonaros Sozial-liberale Partei gewann zudem 16 von 27 Bundesstaaten.

Der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat, Ex-Präsident Lula, wurde vor der Wahl mit faden-scheinigen Argumenten zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt und sitzt seit Juni 2018 in Haft.

Bolsonaros Positionen sind geprägt von faschistoiden Zügen, und er verherrlicht die Militärdiktatur in Brasilien (1964–1985). Bereits 2014 sicherte er sich die Unterstützung einiger Militärs, indem er ihnen versprach, „in Brasilien Ordnung zu schaffen“ und mit „kommunistischen Umtrieben“ Schluss zu machen. In Bolsonaros Amtszeit ist somit eine Regierungsführung mit ausgeprägt neoliberaler, konservativer Orientierung zu erwarten, verbunden mit einer autoritären Staatsform. Drei wesentliche Punkte sind dabei hervorzuheben:

Erstens: Brasilien wird sich stärker an die USA annähern und die militärischen Beziehungen zu den USA und Israel ausbauen. Schon die De-facto-Regierung Temer gestattete 2017 erstmalig eine US-Beteiligung an einem Manöver im Amazonasgebiet (Operación América Unida). Damit wurde auch mit der ständigen Anwesenheit von US-Militärs auf dem Staatsgebiet Brasiliens begonnen.

Während des Aufenthalts Bolsonaros in den USA vor den Wahlen besuchte er vor allem militärische Unternehmen. Er kritisierte Lula, der verhindert hatte, dass die USA Zugriff auf die brasilianische Militär- und Raketenversuchsbasis in Alcântara an der Grenze zu Venezuela bekamen. Auch das kann sich nun ändern.

Zweitens: Unterstützt durch seinen Wirtschaftsminister Paulo Guedes – ein gelernter „Chicago-Boy“ – wird Bolsonaro zu einer offen neoliberalen Agenda zurückkehren, er wird Kurs auf die Einschränkung sozialer Rechte und eine drastische Einschränkung der Tätigkeit des Staates mit verstärkten Privatisierungen nehmen und Brasilien dem internationalen Kapital öffnen. Es steht der Verkauf weiterer Lizenzen zur Ausbeutung von Ölfeldern der Pre-Salt-Vorkommen an US-Unternehmen bevor. Der neoliberale Kurs heißt: stärkere Ausbeutung der Naturressourcen und der Biodiversität sowie Primarisierung der brasilianischen Ökonomie.

Mit der Arbeitsrechtsreform (Abschaffung kollektiver Arbeitsverträge, Outsourcing, Flexibilisierung der Arbeitsnormen), mit der Reform und Kapitalisierung des Rentensystems und der Zerstörung der Gewerkschaften wird eine Offensive des Kapitals eingeleitet, die zu mehr Prekarisierung führen wird. Soziale Errungenschaften wie das Programm Bolsa Familia werden zurückgefahren.

Bolsonaro erklärte die Agrarreform für beendet, er beendete die Tätigkeit der Behörde für die Markierung indigener Gebiete und will das Amazonasgebiet für das Agrobusiness öffnen. Des weiteren will er die Einschränkungen des privaten Waffenbesitzes aufheben.

Auch kündigte er an, die Ausgaben für Universitäten und Schulen um 30 Prozent zu kürzen, um die „linken Umtriebe“ in diesen Institutionen einzuschränken.

Aus diesem Anlass kam es im Mai 2019 zu öffentlichen landesweiten Protesten, an denen sich eine Million Professoren und Studenten beteiligten. Im Juni folgte ein Generalstreik gegen die geplante Arbeitsrechts- und die Rentenreform.

Drittens wird Bolsonaro mit Hilfe seines neuen Justizministers Moro, der die Verurteilung Lulas als Richter der ersten Instanz vornahm, den Ausbau des Polizei- und Justizapparates vorantreiben.

Die Situation der linken Kräfte

Ausgewählter Gegner der Regierung Bolsonaro ist die politische und soziale Linke. Überrascht von der Wahl Bolsonaros zum Präsidenten, kämpft sie gegenwärtig um die Herstellung ihrer Einheit. Bei den Wahlen im Oktober 2018 erlitt die Linke eine empfindliche Niederlage. Für den Kandidaten der Arbeiterpartei (PT) Fernando Haddad stimmten 44 Prozent (Bolsonaro: 55 %). Das im weiteren Sinne „linke Lager“ war uneins und konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Noch ist die Linke mit der Analyse der entstandenen Situation beschäftigt. Gleichzeitig weiß sie aber, dass sie künftig einer verschärften Repression ausgesetzt sein wird. Außenminister Ernesto Araújo bezeichnete die PT in seinem Blog „Metapolítica“ als „terroristische Partei“.

Die Schaffung einer demokratischen und anti-autoritären Einheitsfront steht dringlich auf der Tagesordnung, ebenso die Forderung nach Freiheit für Lula. Fakt ist aber auch: Die PT und andere linke Parteien haben ihre Wählerschaft im Norden und Nordosten des Landes nicht verloren, dort gewannen sie vier Gouverneurswahlen. Das zeigt sehr deutlich, dass Brasilien sozial und territorial ein gespaltenes Land ist.

Probleme der Regierung

Bolsonaro hat mit Vorwürfen wegen Geldwäsche und Korruption zu kämpfen, in die einer seiner Söhne und dessen Ehefrau verwickelt sind. Vizepräsident Mourão forderte, dass geklärt werden müsse, wohin Geld geflossen sei. Traditionelle Medien wie der „O Globo“ und die „Folha de Sao Paulo“ berichten über diese Vorwürfe und fordern Aufklärung.

Das Agrobusiness reagierte empfindlich auf die Ankündigung Bolsonaros, die brasilianische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Hier musste der Präsident vorerst den Rückzug antreten.

Problematisch ist auch die wirtschaftliche Situation des Landes, die einzelne Fraktionen der Bourgeoisie negativ beeinträchtigt und Ungleichgewichte zwischen der internen und der mit dem Auslandskapital verbundenen Bourgeoisie hervorbringt. Unklar ist, ob Wirtschaftsminister Guedes in der Lage ist, diese Interessenunterschiede auszugleichen. Die Krise des Vorjahres ist nicht überwunden, während der die Wirtschaft um 7 Prozent rückläufig war. Mit einem Wachstum von 0,1 Prozent im ersten Quartal 2019 steht die brasilianische Wirtschaft vor einer Rezession.

Dazu kommt: Die Armutsrate stieg wieder an. Die Ungleichheit der Lohnzahlungen zwischen Mann und Frau, Schwarz und Weiß verstärkte sich, die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen liegt derzeit bei 22,6 Prozent. Zu verzeichnen ist auch eine Zunahme der informellen Arbeit.

Das internationale Agieren

Bolsonaro wird einen Bruch der traditionellen Außenpolitik Brasiliens einleiten, die immer auf Vermittlung und Ausgleich bedacht war. Bolsonaro will die Außenpolitik von „ideologischen Zügen“ befreien. Seine Äußerungen beziehen sich vornehmlich

auf China, Kuba, Venezuela und arabische Staaten, die er als „terroristische Gefahr“ betrachtet.

Gegen die seit 2013 in Brasilien tätigen 8000 kubanischen Ärzte wurden öffentlich Forderungen nach einem Nachweis ihrer fachlichen Qualifikation und beleidigende Äußerungen laut, was die kubanische Führung veranlasste, zum Schutz ihrer Staatsbürger deren sofortige Rückberufung einzuleiten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Bolsonaro der verschärften Sanktionspolitik Trumps gegen Kuba folgt.

Gemeinsam mit Kolumbien, das inzwischen „globaler Partner“ der NATO ist, wird Brasilien gegen Venezuela Front machen. Ebenso zu erwarten ist, dass die bisher auf lateinamerikanische Integration ausgerichtete Politik Brasiliens verändert wird und Zusammenschlüsse wie die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ihres Inhaltes entleert werden.

Auch beim Thema Klima folgt Brasilien den USA: Die brasilianische Außenpolitik, so heißt es, müsse sich gegen das „Dogma des Klimawandels, das die Linken propagieren“, richten. Damit steht die weitere Beteiligung Brasiliens am Pariser Klimaschutzabkommen zur Debatte. Zudem wurde bekannt, dass Brasilien seine Bewerbung für die Ausrichtung der 25. Konferenz zum Klimaabkommen der Vereinten Nationen (COP 25) 2019 zurückzieht.

Ein Schwerpunkt in den zukünftigen Beziehungen zu den USA ergibt sich aus der Präsenz Chinas und Russlands im „Hinterhof“ der USA. Diese wird in den USA als Gefahr für ihre nationale Sicherheit angesehen. Zu den Beziehungen Brasiliens zu China sagte Bolsonaro: „China kann uns mit seinen Kapitalinvestitionen nicht aufkaufen. Die Handelsbeziehungen werden wir aber aufrechterhalten.“ China ist seit 2009 Brasiliens größter Handelspartner, und 50 Prozent der Außenwirtschaftsbeziehungen China–Lateinamerika entfallen auf Brasilien.

Mit der Präsidentschaft Bolsonaros tritt die Auseinandersetzung zwischen den USA und China in Brasilien in eine neue Phase. Offen ist damit auch die zukünftige Haltung Brasiliens zu den BRICS. In den Äußerungen der neuen Vertreter Brasiliens wird die bisherige Haltung in Frage gestellt.

Außenpolitisch setzt Bolsonaro die Linie fort, die er im Wahlkampf vertreten hat. Beim Weltwirtschaftsforum im Januar 2019 in Davos erklärte er: „Wir wollen kein bolivarisches Lateinamerika wie vorher in Brasilien und in anderen Ländern. Ich Sorge dafür, dass die Linke in Lateinamerika nicht dominieren wird.“ Allerdings gibt es Widerspruch u. a. vom Vizepräsidenten Mourão, der erklärte, dass sich Brasilien an keiner militärischen Aktion gegen Venezuela beteiligen werde. Im gleichen Sinne sprach er sich gegen eine Verlegung der brasilianischen Botschaft nach Jerusalem aus. In Widerspruch zu Bolsonaro setzte er sich auch in Bezug auf die Beziehungen Brasiliens zu China und erklärte, dass China ein strategischer Partner Brasiliens sei.

Nach Meinung von politischen Beobachtern werden die Auseinandersetzungen zwischen dem engen Bolsonaro-Lager und anderen Kräften, vor allem militärischen, in Zukunft zu beachten sein.

Angesichts dieses Szenariums wird die konservative Offensive der rechten Kräfte in Lateinamerika verstärkt. Progressive Entwicklungen werden es schwer haben, sich in den nächsten Jahren durchzusetzen. Brasilien, das auf dem Wege war, ein bedeutender internationaler Player und seiner Größe und Bedeutung entsprechend unabhängig zu sein, wird unter Führung der gegenwärtig dominierenden Kräfte zurückfallen und international an Bedeutung verlieren. *Achim Wahl*

Felicidades La Habana

Ein Spaziergang durch Havanna ist wie das Blättern in einem Geschichtsbuch. Wohl in keiner anderen Stadt sind die architektonischen Spuren aus fünf Jahrhunderten so komplett erhalten wie hier. Alejo Carpentier nannte die Architektur seines Landes „Stein gewordene kubanische Musik“.

„San Cristóbal de la Habana“ wurde 1514 an der Südküste Kubas gegründet, dort, wo sich heute der Ort Batabanó befindet. Der Name leitet sich ab von Habaguanex, dem Anführer der Tainos in diesem Gebiet, und dem Stadtpatron San Cristóbal. Da sich die Gegend für eine neue Siedlung als ungeeignet erwies, verlegte man Havanna bereits 1515 nach La Chorrera an die Nordküste. Der Gründungs-ort des heutigen Havanna aber ist die Plaza de Armas in der Altstadt. Am 16. November 1519 trat hier, im Schatten eines Ceiba-Baums, erstmals der Gemeinderat zusammen und eine Messe wurde zelebriert. Heute steht hier „El Templete“, ein 1828 nach antikem Vorbild erbauter Tempel.



1553 verlegte der spanische Gouverneur den Regierungssitz von Santiago de Cuba nach Havanna, das 1607 offiziell zur Hauptstadt der spanischen Kolonie erklärt wurde. Havanna entwickelte sich zu einem bedeutenden Handelsplatz und zum Umschlaghafen für die Waren aus den spanischen Kolonien. Die Gebäude der wachsenden Stadt spiegelten den Reichtum der spanischen Adelsfamilien und der Kaufleute wider. Um sich gegen Piratenangriffe zu schützen und um die koloniale Macht Spaniens in Amerika abzusichern, wurden Festungsanlagen um die Hafeneinfahrt errichtet.

Heute ist die Altstadt Havannas eines der best-erhaltenen zusammenhängenden Stadtgebiete der Kolonialzeit auf dem amerikanischen Kontinent. Die UNESCO nennt rund 900 erhaltenswerte Gebäude aus der Spätrenaissance, dem Barock und dem Klassizismus. Auch die maurischen Einflüsse auf der iberischen Halbinsel haben die spanischen Kolonialherren mit nach Kuba gebracht. Oft wurde die „importierte“ Architektur auch durch kubanische Akzente ergänzt. 1976 erklärte die Regierung Kubas die Altstadt und die Festungsanlagen zum Nationalen Monument, und seit 1982 sind sie Teil des Weltkulturerbes der UNESCO.

Mit der Einmischung in den zweiten großen Unabhängigkeitskampf der Kubaner gegen die Spanier (1895 – 1898) sicherten sich die USA den Zugriff auf die Insel; es begann die Zeit der neokolonialen „Pseudorepublik“. Dieser US-amerikanische Einfluss bestimmte auch die städtebauliche Entwicklung Havannas. In den 1920er Jahren entstanden erste Pläne, Havanna zu einer riesigen Metropole nach US-amerikanischem Vorbild auszubauen.

1929 wurde das Capitolio fertiggestellt. Architektonisch angelehnt an das Capitol in Washington,



Blick von der Festungsanlage an der Hafeneinfahrt auf den Stadtteil Vedado

symbolisiert es deutlich, wer die wirklichen Machthaber auf Kuba waren. Der Stadtteil Vedado, in dem bis 1859 das Bauen noch verboten war, um heran-nahe Feinde frühzeitig zu erspähen, erhielt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehr und mehr die Silhouette einer US-amerikanischen Stadt. Politiker und Mafiabosse wetteiferten miteinander beim Bau von Hotels, Bars und Casinos.

Die Altstadt mit ihren engen Straßen passte nicht in die Vorstellungen, wie Havanna einmal aussehen sollte. Sie wurde mehr und mehr zum Wohnquartier für ärmere Bevölkerungsschichten. Mit den neuen Bauten hielten auch die Architekturstile jener Zeit Einzug. Prunkvolle Gebäude des Jugendstils kann der Havanna-Besucher z. B. in der Cárdenas-Straße nahe des Bahnhofes bewundern. Beispiele des Art déco sind das Bacardí-Gebäude, das Haus der Modernen Poesie oder das erste Wohnhochhaus „López Serrano“. Aber auch Einflüsse des Neuen Bauens und der Klassischen Moderne finden sich in Havanna: das Casa Solimar, das Hotel Deauville oder das Edificio del Seguro Médico.

Putschpräsident Batista ließ 1956 einen groß-wahnsinnigen Masterplan für Havanna erarbeiten. Dieser sah einen riesigen Präsidentenpalast auf dem Cabaña-Hügel vor und eine dem Malecón vorgelagerte viereckige künstliche Insel. Ein Schnellstraßen-kreuz sollte die Altstadt in vier Teile zerschneiden. Dafür hätten einige Hundert historische Gebäude abgerissen werden müssen.

1949 besuchte der Gründer und erste Direktor des „Bauhauses“ Walter Gropius Havanna. Gropius



Häuser aus der Zeit des Art déco und Stahl-Glas-Beton-Hochhäuser im Stadtteil Vedado

emigrierte 1934 aus dem faschistischen Deutschland und war viele Jahre als Architektur-Professor an der Harvard-Universität in Cambridge tätig. Während seines Aufenthaltes in Havanna schrieb die Zeitung „Diario de la Marina“: Walter Gropius sei an dem Projekt eines einzelnen Gebäudes nicht interessiert, sondern nur als Teil eines Komplexes in seinen sozialen Verhältnissen. Die Rolle des Architekten bestehe laut Gropius darin, die soziale Funktion baulich auszudrücken.

Über 450 Jahre wurde Kuba zuerst aus Madrid, später aus Washington regiert. Zwar flossen vor der Revolution fast alle Investitionen in die Hauptstadt, aber sie orientierten sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern an Grundstückspreisen und am zu erzielenden Gewinn. So haben Kolonialzeit und US-Dominanz Havanna städtebaulich geprägt, den Bewohnern aber auch gigantische Probleme hinterlassen: Wohnungsknappheit und einen schlechten Bauzustand vieler Wohngebäude, Infrastrukturprobleme und Umweltverschmutzung. 1947 nahm sich der Bürgermeister von Havanna Manuel Fernández Supervielle das Leben, weil er es nicht schaffte, für die Stadt eine ordentlich funktionierende Wasserversorgung zu schaffen.



Das Solimar-Haus, gebaut 1944 nach den Plänen des Architekten Manuel Copado

Nach dem Sieg der Revolution standen für die Stadtplaner neue Aufgaben auf der Tagesordnung: Wohnraum musste geschaffen, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser gebaut werden. Hinzu kam immer die Mammutaufgabe, die historische Bau-substanz zu erhalten – ohne Gentrifizierung.

Die ersten Maßnahmen der Stadtplaner waren die Umgestaltung von Luxusgebäuden zu Wohnraum sowie die Schaffung eines grünen Gürtels in der Stadt zur Verbesserung der Luftqualität.

Trotz vieler „geerbter“ Probleme, trotz der US-Blockade, trotz der entbehrungsreichen Zeit der „Spezialperiode“ und trotz der Hurrikane, die immer wieder Geschaffenes zerstören, ist in Havanna für die Menschen vieles erreicht worden.

Im Vorfeld des 500. Jubiläums der Hauptstadt hat die kubanische Regierung wichtige Infrastrukturprojekte und die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen in Angriff genommen: z. B. neue Wasserleitungen für die Altstadt, Straßenbeleuchtung und Müllentsorgung. Auch wurden öffentliche Gebäude, Brücken und Parks saniert, und rund 200 historische Gebäude konnten in den vergangenen Jahren in alter Pracht wiedererstanden.

Havanna feiert im November den 500. Jahrestag der Stadtgründung – allemal ein guter Grund für einen Besuch.

Jörg Rückmann

Berichte, Analysen, Blick nach vorn

*Unsere Landwirtschaftsprojekte gehen ihrem erfolgreichen Abschluss entgegen.
Ein herzliches Dankeschön an alle Spenderinnen und Spender.*



Zum Jahresende 2019 erwarten wir aus Kuba die Abschlussberichte über unsere Landwirtschaftsprojekte in den Provinzen Guantánamo, Sancti Spiritus und Pinar del Río. Diese Berichte werden bestätigt durch das kubanische Ministerium für Landwirtschaft und das Ministerium für Außenhandel und ausländische Investitionen. Seit 1993 hat Cuba Sí dann insgesamt 15 Projekte in der kubanischen Landwirtschaft umgesetzt.

In den vergangenen fünf Jahren arbeiteten unsere kubanischen Partner in den unterstützten Betrieben und unsere Partnerorganisation ACPA gemeinsam mit Cuba Sí daran, die produktive Basis in Landwirtschaft und Viehzucht zu verbessern. Durch Reparatur und Neuanschaffung benötigter Geräte, Ausrüstungen und Fahrzeuge, durch die Einführung neuer Technologien, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Diversifizierung der Produktion, das Schließen lokaler Kreisläufe und durch gezielte Weiterbildungen ist eine tragfähige Grundlage gelegt worden, auf der die Betriebe eigenständig und rentabel weiterarbeiten können. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Begünstigten und ihrer Familien sind nicht nur durch Sachspenden und betriebliche Anschaffungen kontinuierlich verbessert worden, mit der erhöhten Produktivität stiegen auch die Einnahmen der Betriebe, was sich positiv in der Lohnhöhe der Beschäftigten bemerkbar macht.

Für die Menschen in unseren Projektregionen ist es immer wieder emotional berührend, wenn sie von den vielen Spenderinnen und Spendern hören, die sich tausende Kilometer entfernt so sehr für ihr Land engagieren. Sie übermitteln allen Unterstützern von Cuba Sí ihren herzlichsten Dank.

In der Provinz Sancti Spiritus unterstützte Cuba Sí den Zuchtbetrieb Managuaco dabei, den Repro-

duktionszyklus von Milchkühen und Rindern zu schließen (→ Revista 2/2018). Die Anbaufläche für Grünfutter wurde erhöht, und die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Provinzstelle des Ministeriums für Forschung, Technologie und Umwelt, dem Institut für Futter- und Weidewirtschaft sowie der Agrarfakultät der Universität Sancti Spiritus ermöglichte die Verbesserung der Futterqualität und eine stärker präventive Betreuung des Herdenbestandes. Die effektivere Kälberaufzucht und die neue Stierzuchtanlage tragen zur Verjüngung des Herdenbestandes bei. Die Fleischerei im Projekt versorgt die Bevölkerung mit Fleisch und Wurst zu günstigen Preisen. Zudem ist sie eine wichtige Einnahmequelle durch den Verkauf von Fleischerzeugnissen an den Tourismussektor. Dies sichert künftige Investitionen für den Betrieb ab.

In der Provinz Guantánamo sind die Auswirkungen des Klimawandels, u. a. mit langen Trockenzeiten und einem ungewöhnlichen Regenzyklus, bereits spürbar. Kuba reagiert darauf mit einer veränderten Strategie: Die Rinderzucht wird aufgrund ihrer Ressourcenintensität erheblich reduziert und stattdessen die Zucht von Schafen, Ziegen, Schweinen und Kaninchen ausgebaut. Dies betrifft auch unseren Projektteil in Imías (→ Revista 1/2019). Darüber hinaus lag auch hier das Augenmerk auf einer diversifizierten Produktion von Lebensmitteln, einer Erweiterung der Futter- und Weideflächen und der Reparatur von Stallanlagen. Aufgrund der schwach entwickelten Infrastruktur in beiden Projektteilen bildete die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen wichtigen Schwerpunkt, dem Cuba Sí u. a. mit dem Bau und der Instandsetzung von Wohnhäusern für 30 Familien Rechnung trug. Jüngstes Beispiel für erleichtertes Leben und

Arbeiten auf dem Land sind die 116 Fahrräder, die Cuba Sí Ende Mai 2019 in einem Container in die Projektregion schickte.

Im Projekt Pinar del Río lag der Schwerpunkt in der Steigerung der Milchproduktion (→ Revista 1/2019). Dies gelang jedoch in bescheidenerem Umfang als geplant: Überschwemmungen infolge starker Regenfälle verursachten sowohl in der Futtermittelversorgung für die Nutztiere als auch in den Obst- und Gemüseplantagen Ausfälle und beeinträchtigten zudem die Reproduktionsrate der Rinder. Dank umfangreicher künstlicher Besamung kann dieser Rückschlag kompensiert werden. Länger dauert es, bis die in Mitleidenschaft gezogenen Anbauflächen wieder höhere Erträge bringen.

Flankiert wurden die Cuba Sí-Projekte stets von nationalen Entwicklungsvorhaben (z. B. zur integralen Entwicklung der Viehzucht oder für den Ausbau der urbanen Landwirtschaft) sowie Aktionsplänen (z. B. dem Programm „Tarea Vida“, einem Maßnahmenkatalog für verbesserten Umwelt- und Ressourcenschutz und für die Anpassung an den Klimawandel). Diese Verzahnung mit landesweiten Strategien verstärkt einerseits die nachhaltige Wirkung unserer Projekte und unterstreicht andererseits ihre Bedeutung für die prioritären Ziele des Landes.

In der tropischen Landwirtschaft muss mit Rückschlägen aufgrund von Wetterphänomenen und Naturkatastrophen immer gerechnet werden. Innerhalb der Projektlaufzeit zerstörten u. a. die Hurrikans „Matthew“ (2016) und „Irma“ (2017) binnen Stunden die Arbeit von Monaten. Gerade deshalb ist auch weiterhin die Unterstützung und Solidarität der vielen Kubafreundinnen und -freunde nötig, um das Erreichte zu verteidigen, wiederaufzubauen und erfolgreich fortzusetzen.

Unsere gegenwärtigen Projekte neigen sich dem Ende zu. Dies markiert aber gleichzeitig auch einen Neubeginn: Viele Ideen stehen im Raum, um auch künftig Kuba beim Erreichen der Ernährungssicherheit zu unterstützen.

Deshalb wird im Herbst 2019 eine Cuba Sí-Delegation nach Kuba reisen. Mit all unseren Partnern im politischen und im landwirtschaftlichen Bereich wollen wir erörtern, welche Prioritäten wir in unserer künftigen Zusammenarbeit setzen, in welchem Umfang neue Projekte finanziell und zeitlich möglich sind, wie Multiplikatoreffekte genutzt und wie auf erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten aufgebaut werden kann. Die Delegation wird sich zudem darüber informieren, ob einige der Inkubator-Projekte der Universität Havanna und der Humboldt-Universität in unserer künftigen Projektarbeit Anwendung finden können (→ Artikel Seite 8).

Eine tragende Säule neben der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit werden auch weiterhin die Diversifizierung der Produktion, die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, die Weiterbildung der Beschäftigten und der Einsatz erneuerbarer Energien bleiben. Damit entsprechen unsere Projekte den staatlichen Leitlinien zur Aktualisierung des Wirtschafts- und Sozialmodells und dem nationalen Plan der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung bis 2030.

Gerade angesichts der aktuellen Verschärfung der US-Blockade benötigt Kuba auch in Zukunft unsere politische und materielle Solidarität. Insofern ist es uns eine Verpflichtung, Kuba auch in Zukunft auf seinem eigenständigen und selbstbestimmten Weg nach Kräften zu unterstützen. Dafür benötigen wir Ihre Hilfe! Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere bisher geleistete Arbeit und freuen uns, wenn Sie auch künftig bei unseren gemeinsamen Vorhaben an unserer Seite sind. *Miriam Näther*

Produktideen aus dem „Brutkasten“

Im Inkubator der Universität Havanna werden Lösungen für die Ernährungssicherheit Kubas entwickelt.

Dass in Kuba Spitzenforschung betrieben wird, ist nicht neu. Oft mangelt es aber an notwendigen Ressourcen, um theoretische Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Genau hier setzt das kubanisch-deutsche Kooperationsprojekt „InCuba“ an. „InCuba“, das bereits seit fünf Jahren besteht, ist ein Projekt der Wirtschaftsfakultäten der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Havanna; Partner sind der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), das Dienstleistungsunternehmen WIWEX GmbH an der Humboldt-Uni sowie das Büro für den Transfer von Forschungsleistungen (OTRI) der Universität Havanna. Ziel ist es, die Forschungsergebnisse zu kommerziellen Produkten und Dienstleistungen zu führen. Damit soll einerseits das Angebot an Waren und Dienstleistungen sowohl für den kubanischen Binnenmarkt als auch für den Export erweitert werden. Andererseits trägt es zur wirtschaftlichen, sozialen und akademischen Entwicklung Kubas im Rahmen der Agenda 2030 bei.

Das Projekt „InCuba“ ist der erste Inkubator für Innovationsvorhaben und Unternehmertum in Kuba. Auf Initiative der Vizerektorin für Forschung und postgraduale Studien der Uni Havanna, Dr. Vilma Hidalgo, wurde das Vorhaben 2015 ins Leben gerufen. Hintergrund war und ist das Bestreben Kubas, Lösungen für drängende Probleme des Landes zu finden. Dies geht einher mit der Strategie der kubanischen Staatsführung, den Hochschul- und Forschungsbereich noch enger mit Produktionsbetrieben und Dienstleistern zu verknüpfen.

In diesem Jahr steht die fünfte Auflage des Inkubators unter dem Motto „Für Innovation in der Ernährungssicherheit und der lokalen Entwicklung“. Ausgewählt wurden dafür sieben Projekte mit einer besonders vielversprechenden theoretischen Ausgangsbasis, um die Produktion und Versorgung im Land mit Lebensmitteln nachhaltig zu stabilisieren und zu erhöhen. Dass erstmalig auch die Welternährungsorganisation FAO der Vereinten Nationen den Inkubator begleitet, zeigt die Bedeutung, die den hier entwickelten Ergebnissen als nationale Referenzprojekte beigemessen wird.

Im Projekt „Nerea“ des Inkubators werden zum Beispiel organische Düngemittel auf Zeolithbasis entwickelt. Zeolithe sind silikathaltige Mineralien. Der Clou dieses Düngemittels ist, dass die enthaltenen Nährstoffe nicht wasserlöslich sind und kontrolliert an den Boden abgegeben werden. Dadurch kann bis zu 90 Prozent der herkömmlichen Düngermenge eingespart werden.

Das Projekt „Verdessana“ hat sich auf die Verarbeitung der Moringapflanze spezialisiert. Moringa ist in Kuba schon als Futterpflanze etabliert und könnte auch einen Beitrag für die menschliche Ernährung leisten. Gegenwärtig untersucht man die antibakterielle Wirkung dieser Superpflanze, um sie u. a. für die Aufbereitung von Wasser nutzbar zu machen.

Weitere Projekte des Inkubators beschäftigen sich mit der Entwicklung eines Biostimulans, mit der Verarbeitung von Schweinefleisch der kubanischen Rasse „Criollo“ zu luftgetrocknetem Schinken nach Art des Ibérico-Schinkens oder mit der Züchtung von Kaffeepflanzen in rein biotechnologischen Ver-

fahren, ohne genetische Veränderungen. Die Kaffeepflanzen benötigen weniger anspruchsvolle Standortfaktoren und gedeihen auch in niedrigeren Höhenlagen. Interessant ist auch ein Inkubator-Projekt, das sich der Nutzung organischer Abfälle widmet, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu minimieren; ebenso ein Projekt zur Entwicklung einer widerstandsfähigeren Yams-Pflanze, die trotz des Klimawandels mit seinen unregelmäßigeren Niederschlagsmengen und Wetterphänomenen qualitativ hochwertige Wurzelknollen hervorbringt und so zu einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit diesem wichtigen Stärkelieferanten beiträgt.

Das Team des Inkubators, bestehend aus Wissenschaftlern, Lehrkräften und Studierenden der Universität Havanna, der Humboldt-Universität sowie kubanischer Institutionen, möchte den Forschern marktwirtschaftliches Denken sowie unternehmerische Grundkenntnisse vermitteln.



Eine Arbeitsgruppe des Inkubators 2019 an der Universität Havanna bei der Ideensuche

Über diese interessante Aufgabe sprachen wir mit Volker Klima, Mentor des Inkubators von der Humboldt-Universität Berlin.

● Wie erfolgte die Auswahl der Projekte, die im Inkubator 2019 betreut werden?

Es gab eine landesweite Ausschreibung durch die Universität Havanna, die sich an die Universitäten, Hochschulen und Forschungszentren Kubas richtete. Wir nutzten dafür auch soziale Medien wie Facebook und Twitter. Unterstützt wurde die Verbreitung der Ausschreibung durch unsere Projektpartner, u. a. das Ministerium für höhere Bildung und das Agrarministerium. Insgesamt gingen 44 Bewerbungen ein, von denen wir nun sieben betreuen. Die Auswahl erfolgte durch eine Kommission aus Vertretern des Vizerektorats der Universität Havanna, dem OTRI, Beratern der Humboldt-Universität, der FAO und durch Alumni. Aufgrund der Anzahl der eingegangenen Bewerbungen bildeten wir zwei Kommissionen, die über einen Zeitraum von zwei Monaten die Bewerberteams einluden und jeden Projektvorschlag prüften. Ausschlaggebend war der Fortschritt der Forschung, das Vermarktungspotential und die Wahrscheinlichkeit der praktischen Umsetzung.

● Die Betreuung der Projektteams umfasst etwa drei Monate. Wie sieht Eure Arbeit konkret aus?

Wir sehen uns eher als Mentoren der Teams denn als Koordinatoren für deren Projektideen. Das Großraumbüro, in dem die Teams arbeiten, nutzen wir als Coworking Space. Durch gruppenübergreifende Workshops und interdisziplinäres Arbeiten entstehen Ideen und Netzwerke, von denen alle pro-

fitieren. So unterstützen wir zum Beispiel die Teams, wenn sie ihr Marktumfeld analysieren, eine Machbarkeitsstudie und einen Businessplan entwickeln, eine Kosten-Nutzen-Rechnung erstellen und ihre Produkte und Dienstleistungen in Wertschöpfungsketten einordnen. Und wir sprechen über Vermarktungsinstrumente, entwickeln Ideen für einen Markennamen, ein Logo und für das Corporate Design.

● Das klingt, als stünde eine größere Mannschaft hinter dem Inkubator ...

Ja, es gibt fünf kubanische Mentoren, die teilweise auch an der Uni Havanna tätig sind. Ich helfe als Mentor von der deutschen Partneruni. Unterstützt werden wir von einem zwölfköpfigen Team aus Studierenden und Lehrkräften der Universität Havanna. Das sind u. a. Informatiker, Kommunikationsexperten und Grafikdesigner.

● Kann man Wissenschaftler und Theoretiker innerhalb von drei Monaten zu Unternehmern und Marketingprofis ausbilden?

Die Herausforderung für die Teams ist, neue Perspektiven zuzulassen und die rein akademische Forschungsebene um das unternehmerische Denken zu erweitern. Deshalb diskutieren wir, für wen die Projektideen interessant wären, welche Ressourcen notwendig sind, welche Faktoren die praktische Umsetzung beeinflussen, wie Hindernisse überwunden werden können und ob es internationales Potential gibt. Wir analysieren auch Themen wie Nachfrage, Wettbewerb, Preisgestaltung, Vermarktung und Verhandlungsführung.

● Die Betreuung im Inkubator endete im Juni 2019 mit dem „Demo Day“, an dem die Teams ihre Ergebnisse Vertretern aus Ministerien, Universitäten, Forschungseinrichtungen, NGOs und internationalen Institutionen vorstellten. Und jetzt?

Das Wichtigste, das wir unseren Teams mitgeben möchten, ist die Erkenntnis über die Kraft der Eigeninitiative. Wir wollen die angehenden Unternehmer befähigen, ihre Ausgangslage realistisch einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Natürlich haben sich nach der Betreuung durch den Inkubator infrastrukturelle Probleme, fehlende Ausrüstung oder mangelnde Anschubfinanzierung nicht in Luft aufgelöst. Die Unternehmen müssen selbst nach Lösungen suchen, wobei wir natürlich auch weiterhin ansprechbar für Sorgen und Nöte sind. Das ist der Kerngedanke des Inkubators – eine gute Idee zum wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Erfolg zu führen.

● Welche Erfolge könnt Ihr vorweisen?

In den zurückliegenden vier Inkubator-Runden haben wir 24 Teams betreut. Darunter das Projekt Solar Solutions der Universität Havanna, das heute kubanische Großbetriebe wie CUPET und Unternehmensgruppen wie BioCubaFarma maßgeschneidert beim Einsatz von Photovoltaikanlagen berät.

Das Projekt TiSmart der Universität Havanna und der Medizinfakultät der Berliner Charité hat ein Patent eingereicht für die Herstellung biologisch abbaubarer Membranen auf der Basis von Nanofasern. Und aus dem Projekt Fab Lab der Uni Havanna und des Institutes für Material- und Reagenzforschung ist ein Labor zur Herstellung von Produkten in 3D-Verfahren entstanden. *Miriam Näther*



Krankenhaus-Projekt erfolgreich



Im Dezember 2018 hat Cuba Sí ein neues Projekt für das kubanische Gesundheitswesen gestartet: Wir unterstützen die Neugeborenen-Intensivstation im Krankenhaus „Ramón González Coro“ in Havanna. Seit dem ersten Flyer, der ersten Anzeige und dem ersten Post findet dieses Projekt riesigen Anklang bei unseren Spenderinnen und Spendern. Dies zeigt sich sowohl in der großen Bereitschaft, das Projekt finanziell zu unterstützen, als auch in den vielen Angeboten zur materiellen Hilfe. So hat z. B. die Dresdener Regionalgruppe von Cuba Sí rund 3 200 Euro für das Krankenhaus zusammengetragen. Unsere Kubafreunde in Adorf (Vogtland) schickten uns einen Transporter vollgepackt mit zwei Krankenhausbetten, mit Bettwäsche, Handtüchern und vielen anderen nützlichen Dingen.

Im Jahr 2019 stellt Cuba Sí für dieses Projekt rund 65 000 Euro bereit. Im April hat unser Mitstreiter Dr. Rainer Lindemann bei einem Besuch in Havanna chirurgische Instrumente, spezielle Nahrungsergänzungsmittel für Frühgeborene sowie Laryngoskope und Stethoskope für Kinder im Namen von Cuba Sí an das Krankenhaus übergeben.

Materielle Spenden erhält Cuba Sí immer wieder auch von Apotheken, Sanitätshäusern, Arztpraxen und Krankenhäusern. So konnten wir zum Beispiel aus einer Thüringer Klinik einen ganzen LKW mit Spenden entgegennehmen: Laboreinrichtung, Operationslampen, physiotherapeutische Geräte, Patientenliegen, Gerätewagen, die Ausstattung für ein Wartezimmer und vieles andere mehr. Bei unserer Chemnitzer Cuba Sí-Gruppe wurden 17 Babybetten, 8 Patientenmonitore und ein Defibrillator als Spende abgegeben.

Kurz vor dem Erscheinen dieser Revista hat Cuba Sí ein mobiles Ultraschallgerät im Wert von rund 18 000 Euro erworben. Dieses in Havanna dringend benötigte Gerät bereiten wir gerade für den Versand per Luftfracht nach Kuba vor. Mit einer zweiten Luftfracht folgen noch einmal Materialien im Wert von rund 5 000 Euro, unter anderem Beatmungsmasken, Beatmungsschläuche sowie Venenpunktionkanülen speziell für Neugeborene, elektrische Milchpumpen, Digitalthermometer, EEG-Elektroden sowie diverse Analysechemikalien. Im Herbst 2019 wird dann ein Solidaritätscontainer mit weiteren materiellen Spenden auf die Reise nach Kuba gehen.

„Cuba Sí-Arzt“ Dr. Rainer Lindemann (2. v.r.) bei seinem Besuch im Krankenhaus „Ramón González Coro“ im April 2019 mit den dankbaren Mitgliedern der Krankenhausleitung.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte. Und insbesondere den kleinsten Patienten schenkt Kuba die größte Aufmerksamkeit.

In der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ in Havanna kommen jährlich bis zu 4 000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation der Klinik ist von besonderer nationaler Bedeutung, da hier Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1 500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden können. Sie spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit weiter zu senken (derzeit liegt sie bei 4,1 pro tausend Lebendgeburten).

Die Station hat eine Kapazität von 30 Betten und ist meist zu 100 Prozent ausgelastet. Eine Behandlung auf der Intensivstation ist aufwendig und wegen der umfangreichen medizintechnischen Notwendigkeiten sehr teuer. Aufgrund der Blockade durch die USA ist es für Kuba sehr schwierig, vor allem hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadesetzen der USA ist festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Gegenwärtig versuchen die USA mit der Aktivierung von Teil drei des Helms-Burton-Gesetzes in noch größerem Umfang als bisher, internationale Unternehmen aus dem Kubageschäft zu drängen. (→ Artikel Seite 3)

Von den Ärztinnen und Ärzten, den Schwestern und Pflegern und von der Krankenhausdirektion wissen wir, wie wichtig und notwendig unsere Hilfe dort ist und wie dankbar die Mütter und Väter der dort behandelten Kinder sind.

Cuba Sí wird die solidarische Hilfe für das Krankenhaus in Havanna fortsetzen. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin mit Ihrer Spende.

Aktive Magdeburger

Mindestens einmal im Vierteljahr bieten die Cuba Sí-Mitstreiter in Magdeburg eine Veranstaltung im Rahmen ihres Kuba-Stammtisches an. So gab es z. B. Ende Februar einen gut besuchten Vortrag über die „Entwicklung in Lateinamerika und die Auswirkungen auf Kuba“. Im April zeigte die Gruppe den Film „Die Kraft der Schwachen“ und hatte dazu den Regisseur Tobias Kriele eingeladen.

Auch beim Ostermarsch am 22. April, der unter dem Motto „Krieg zerstört Lebenswelten“ stattfand, waren die Magdeburger Kuba-Freunde aktiv dabei. Am Informationsstand verteilten sie Flugblätter und die Cuba Sí-Zeitschrift Revista und knüpften viele Kontakte zu jungen Leuten. Die Renner am Stand waren die Che-Shirts und die Che-Bücher.

All diese Aktivitäten der Cuba Sí-Mitstreiter tragen dazu bei, Menschen über die gegenwärtigen Entwicklungen in Kuba und Lateinamerika zu informieren und für unsere Solidaritätsarbeit zu werben. Eine interessante Einladung erhielt Cuba Sí Magdeburg im März 2019 von der IHK zum „Wirtschaftstag Lateinamerika“. Für seine engagierte Teilnahme an diesem Treffen erntete Cuba Sí-Mitstreiter Peter Haese großes Lob von den Veranstaltern.

Im August begeht Cuba Sí Magdeburg seinen 26. Geburtstag und hat dazu den Liedermacher Tobias Thiele eingeladen. Und im September wird der Autor Volker Hermsdorf sein Buch über Fidel Castro vorstellen. *Heidrun Schoenberger*

„Der Ball ist bunt!“



Beim 19. Antirassistischen Stadionfest im Karl-Liebknecht-Stadion in Babelsberg am 18. Mai 2019 waren auch die Potsdamer Cuba Sí-Freunde dabei. Gemeinsam mit vielen Mitgliedern und Fans vom SV Babelsberg 03 unterstützen sie schon seit mehreren Jahren den kubanischen Fußballverein Mantua 62 im Westen der Karibikinsel.

„Das Fest lief super!“ mailten uns Steffen und Jörn (→ Foto). „Der kubanische Rum, den wir an unserem Stand angeboten haben, wurde komplett ausgetrunken. Fast 1 000 Euro sind so zusammengekommen, die wir auf das Konto von Cuba Sí überweisen werden.“

Spenden, die direkt dem Fußballprojekt Mantua zugute kommen sollen, können im Fanshop des SV Babelsberg 03 im Karl-Liebknecht-Stadion eingezahlt werden.

Morena, Podemos und SDS bei Cuba Sí Hessen

Über 50 Interessierte kamen zur ersten großen Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Cuba Sí Hessen Ende März in Frankfurt am Main. Im Dezember 2018 hatten Kubafreunde die LAG gegründet. Gemeinsam mit den Frankfurter Vertretern von Podemos (Spanien), dem Komitee der Partei Morena (Mexiko) sowie dem Studierendenverband der LINKEN (SDS) hatte Cuba Sí Hessen zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung eingeladen (→ Foto). Die Veranstaltung begann mit der Vorstellung der beteiligten Gruppen und einem Input zur Arbeit von Morena in Mexiko. Unser Ehren-

gast, der Regisseur Ludovic Bonleux, zeigte seinen Film „Guerrero“, der die Situation im mexikanischen Bundesstaat Guerrero nach dem Verschwinden der 43 Studenten beleuchtet.

Die Teilnehmer der Veranstaltung haben sich großzügig an unserer Spendensammlung für die Opfer des Tornados in Havanna beteiligt, der im Januar 2019 große Zerstörungen verursacht hatte.

Als nächste Veranstaltung plant Cuba Sí Hessen gemeinsam mit dem SDS ein großes Tagesseminar zur gegenwärtigen politischen Entwicklung in Lateinamerika. *Robert Kohl Parra*



Foto: LAG Cuba Sí Hessen

Ein Sonnensegel für „unseren“ Kindergarten

Anfang Mai 2019 erreichte die Cuba Sí-Gruppen in Leipzig und Chemnitz ein Brief aus der kubanischen Stadt Matanzas. Mit dem Kindergarten „Estrellitas Nacientes“ („Die aufgehenden Sternchen“) in Matanzas verbindet die Cuba Sí-Gruppe in Leipzig eine jahrelange herzliche Freundschaft. So halfen wir u. a. 2012 bei der Reparatur des Kindergartens nach dem Hurrikan „Sandy“ mit.

Nun konnten wir – nach einigen bürokratischen Hürden – unser Projekt „Sonnensegel“ erfolgreich abschließen. Gemeinsam mit der Cuba Sí-Gruppe in Chemnitz haben wir für den Kindergarten einen hochwertigen Schattenspender sowie Fallschuttmatten für das Spielen unter dem Sonnensegel nach

Kuba geschickt – Gesamtwert: über 10 000 Euro. Durch eine großzügige Spende konnten die Chemnitzer dieses Geld für unser gemeinsames Projekt zur Verfügung stellen. Unser Enthusiasmus für den Kindergarten steckte auch die Vertriebsfirma des Sonnensegels an: Sie spendete zwei Kinderfahrräder und bot ihre Hilfe beim Aufbau in Kuba an.

„Es ist uns ein Bedürfnis“, schreibt Juana Ortiz Ricardo von der Provinzregierung in Matanzas, „den Mitstreitern der beiden Cuba Sí-Gruppen unsere aufrichtige Dankbarkeit für diese Unterstützung auszusprechen. Euer Engagement ist ein Beweis der Freundschaft zwischen unseren Ländern. Tausend Dank und eine feste Umarmung!“ *Gudrun Schmidt*

Neue Cuba Sí-Gruppe in Frankfurt/Oder



Foto: W. Frotscher

Den Grundstein für eine neue Regionalgruppe in Frankfurt/Oder legte Cuba Sí beim traditionellen Brückenfest am 1. Mai auf der Oderpromenade. Hier konnten sich Kuba-Interessierte in eine Liste eintragen und ihre Kontaktdaten austauschen.

Zum ersten Kennenlernetreffen am 14. Mai kamen rund zehn Kuba-Fans in die Havanna-Bar. Hier fand am 12. Juni dann auch die erste offizielle Veranstaltung der neuen Regionalgruppe statt. Thema: die neue kubanische Verfassung. Zu Gast war der Jurist und Konsul der kubanischen Botschaft Professor Dacheri López, der über die breite Beteiligung der Kubanerinnen und Kubaner am Verfassungsprozess und am Volksentscheid sowie über die Inhalte der neuen Verfassung informierte.

Die Regionalgruppe trifft sich immer am zweiten Mittwoch im Monat um 19 Uhr in der Havanna-Bar. Ansprechpartner ist Wolfgang Frotscher.

Kinderzeichnungen zum Thema Wasser

„Trazaguas – Wasser ist Leben“, so lautete der Titel einer Ausstellung, die im Mai und Juni 2019 im Informationszentrum der Geraer Stadt- und Regionalbibliothek gezeigt wurde. In Kooperation mit UNICEF Gera und der kubanischen Botschaft in der Bundesrepublik hat die Cuba Sí-Regionalgruppe Gera diese Ausstellung organisiert.

Kinder und Jugendliche aus ganz Kuba im Alter von 5 bis 18 Jahren beteiligen sich jedes Jahr mit Bildern, Geschichten und Gedichten an einem Wettbewerb zum Thema Wasser, der vom UNICEF-Büro in Kuba gefördert und vom deutschen Verein Soli Cuba e. V. unterstützt wird. Der Wettbewerb wird anlässlich des Weltwassertages am 22. März organisiert, die prämierten Arbeiten werden dann in Ausstellungen gezeigt.

Wasser ist für die Kubaner ein kostbares Gut, das nicht im Überfluss vorhanden ist. Bei Hurrikanen, die fast jährlich über Kuba hinwegrasen, entwickelt Wasser aber auch große zerstörerische Kräfte. Wasser ist auf der Karibikinsel keine Ware, mit der man Profit erzielen kann, sondern es dient dem Wohle aller Menschen. Ein sparsamer Umgang mit diesem Lebenselixier ist deshalb zwingend notwendig. In den präsentierten Arbeiten reflektieren die jungen Kubaner ihre Sicht zum Wasser und zur Natur.

Die „Trazaguas“-Ausstellung wurde auch schon im „Querbeet“ in Chemnitz gezeigt.

Cuba Sí Gera und Chemnitz, M. Porstmann

Medien-Tipp

Ein auf Tatsachen beruhender Roman schildert die Irrfahrt des Passagierschiffes „St. Louis“ im Jahr 1939. Mit der Sonderfahrt von Hamburg nach Havanna verband sich für über 900 jüdische Menschen die letzte Hoffnung, dem Terror und der Verfolgung im faschistischen Deutschland zu entkommen.

- Fernando Remírez de Estenoz: **„Zuflucht Havanna“**. NORA Verlagsgemeinschaft 2019, 24,90 €, ISBN 978-3-86557-445-9

Über die militärische und zivile Unterstützung Kubas für Angola bei der Verteidigung gegen die Invasionstruppen des südafrikanischen Apartheid-Regimes und beim Aufbau des Landes ist ein neues Buch im Handel:

- Wolfgang Mix: **„Kubas Internationalismus. Angola 1975–1991“**. Verlag Wiljo Heinen/Arbeiterlogik, 154 Seiten, 10 EUR, ISBN 978-3-95514-040-3

Deutsche haben auf Kuba viele Spuren hinterlassen – so u. a. Alexander von Humboldt, Georg Weerth oder Hermann Upmann. Das Wissen um diese historischen Verbindungen zwischen beiden Ländern, so schreiben die Herausgeber, könne helfen, die Herausforderungen im gegenwärtigen bilateralen Verhältnis zu meistern. Auszüge aus dem Buch „Tras las huella alemana en Cuba“ von Manuel Torres Gemeil bildeten die Grundlage für ein 100-Seiten-Taschenbuch, das mit Texten deutscher Autoren ergänzt wurde.

- **„Deutsche auf Kuba. Eine Spurensuche“**. Hrsg. Raimund Krämer und Manuel Torres Gemeil, WeltTrends 2018, 15,90 €, ISBN 978-3-945878-88-0

Der Schauspieler Rolf Becker liest Fidel Castros berühmte Rede vor Gericht; mit einleitenden Worten von Volker Hermsdorf. Die DVD gibt's im jW-Shop: <https://www.jungewelt-shop.de>.

- **„Die Geschichte wird mich freisprechen“**. DVD für 9,90 €

Das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft

Im Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft in Havanna (Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos – ICAP) kann man jeden Tag einen bunten Sprachenmix vernehmen. Hier treffen sich die Vertreterinnen und Vertreter von Solidaritätsorganisationen aus aller Welt. Das ICAP pflegt und fördert die Beziehungen zu den Solidaritätsgruppen, zu Institutionen und auch zu einzelnen Aktivisten, die Kuba solidarisch unterstützen. Es betreut des Weite-



ren junge Menschen aus den Ländern des globalen Südens, die in Kuba ein Studium absolvieren. Zweigstellen des Instituts für Völkerfreundschaft gibt es in allen Provinzen des Landes.

Zu den Aufgaben, denen sich das ICAP gegenwärtig besonders widmet, gehört der Kampf gegen die US-Blockade und für die Rückgabe des von den USA besetzten Gebietes in Guantánamo an Kuba.

Mit der Gründung des ICAP und durch die Zusammenarbeit mit der internationalen Solidaritätsbewegung ist es gelungen, die Mauer des Schweigens zum Thema Kuba zu durchbrechen und in den

vielen Ländern, in denen die Solidaritätsbewegung aktiv ist, die Information über die Realität im sozialistischen Kuba zu verbessern.

Das ICAP wurde 1960 auf eine Initiative Fidel Castros gegründet. Der ehemalige Präsident der Nationalversammlung Kubas, Ricardo Alarcón, formulierte es einmal so: „Als am 30. Dezember 1960 die revolutionäre Regierung das Institut für Völkerfreundschaft gründete, erstaunte unsere heldenhafte Standhaftigkeit die ganze Welt. Die Revolution wurde zu einem permanenten Anziehungspunkt der noblen menschlichen Neugier aus allen Teilen der Erde“.

Jedes Jahr organisiert das ICAP gemeinsam mit der internationalen Solidaritätsbewegung für junge interessierte Menschen aus aller Welt Brigaden der freiwilligen Arbeit. Treffpunkt für diese Brigaden ist das internationale Camp „Julio Antonio Mella“ in Caimito, zirka 40 Kilometer westlich von Havanna.

Das ICAP pflegt gegenwärtig Beziehungen zu über 2000 Solidaritätsorganisationen in 152 Ländern. Vertreter des ICAP nehmen an den Kongressen der Kuba-Solidarität in vielen Ländern der Welt teil, so zum Beispiel im November 2018 am XVIII. Europäischen Treffen der Kuba-Solidarität in Slowenien.

Mit AMISTUR unterhält das Institut ein eigenes Reisebüro, das für die Gäste, Brigaden und Delegationen die Programme ihres Aufenthaltes in Kuba organisiert und darüber hinaus sozial-politische Rundreisen durch Kuba anbietet.

Natürlich ist auch für die AG Cuba Sí das ICAP der erste Ansprechpartner für die Solidaritätsarbeit mit Kuba. Bei jedem Aufenthalt auf der Insel treffen sich unsere Mitstreiterinnen und Mitstreiter mit den Verantwortlichen des ICAP. Präsident des ICAP ist Fernando González Llort, er war einer der Mitkämpfer der Cuban Five und trägt den Titel „Held der Republik Kuba“.

Zur Unterstützung der Arbeit des ICAP hat Cuba Sí am 11. April einen Solidaritätscontainer mit Büromaterialien nach Kuba geschickt. Diese materielle Hilfe ist gerade jetzt vor dem Hintergrund der Verschärfung der US-Blockade besonders wichtig.

● www.icap.cu



Nachgefragt bei:

Manuel Leyva (32), Cuba Sí Paderborn

● **Seit Oktober 2015 gibt es Cuba Sí in Paderborn ...**

Die Idee hatte ich schon lange im Kopf, und 2015 war ein günstiger Zeitpunkt für die Gründung unserer Gruppe, weil das Interesse an Kuba auch in den Medien sehr groß war.

● **Du hast ja ein ganz besonderes Verhältnis zu Kuba ...**

Ja, genau. Mein Vater ist Kubaner. Er kam 1985 in die DDR und lernte dort meine Mutter kennen. Meine kubanische Familie kommt zum großen Teil aus Mayarí (Provinz Holguín).

● **Was bist Du von Beruf?**

Ich bin gelernter Justizangestellter und studiere gegenwärtig Geschichte und Philosophie. Seit 2013 arbeite ich als Wahlkreismitarbeiter; zuerst für Kathrin Vogler, seit 2017 für Friedrich Straetmanns (beide DIE LINKE). Die Solidaritätsarbeit für Kuba lässt sich mit dieser Arbeit sehr gut verbinden.

● **Paderborn ist ja nicht gerade eine linke Hochburg ...**

Bisher war die Resonanz durchweg positiv. Das zeigen die Besucherzahlen bei unseren Veranstaltungen. Auch die Spendeneinnahmen bei den Ständen z.B. am 1. Mai zeigen uns, dass wir gut angenommen werden.

● **Wie viele Mitstreiter hat Eure Regionalgruppe?**

Wir sind ein fester Kern von vier bis fünf Leuten unterschiedlichen Alters. Natürlich müssen wir zusehen, dass wir noch mehr Menschen für unsere Arbeit interessieren.

● **Gegenwärtig verschärfen die USA die Blockade gegen Kuba und drohen ganz offen mit dem Sturz der Regierung in Havanna. Was geht Dir dabei durch den Kopf, wenn Du heute an Deine Heimat Kuba denkst?**

Mich macht es schlichtweg wütend, wie die USA verstärkt in Kolonialmanier auftreten. Schließlich steht die Monroe-Doktrin wieder ganz offen auf der politischen Agenda des Imperiums. Genauso wütend macht es mich aber auch, dass die EU nicht entschieden gegen diese Blockade vorgeht und Unternehmen, die US-Blockadegesetze in Europa umsetzen, hart bestraft.



Viele haben mitgeholfen, den Container für das ICAP zu füllen: Druckereien spendeten große Mengen Kopierpapier, Bundestagsabgeordnete halfen finanziell, von mehreren Institutionen erhielten wir Büromöbel als Spende. Zusätzlich kauften wir für über 1300 Euro viele nützliche Dinge für die Büroarbeit sowie für rund 2200 Euro eine neue Audio-Anlage für die Veranstaltungen des ICAP.

Hände weg von Venezuela



Solidarität mit Kuba bedeutet für die AG Cuba Sí auch die Solidarität mit den fortschrittlichen Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika und weltweit – mit allen, die versuchen, einen Weg der Unabhängigkeit, der Souveränität, des Friedens, der Armutsbekämpfung und der sozialen Gerechtigkeit einzuschlagen. Gegenwärtig ist es die Bolivarische Republik Venezuela, die unsere besondere Unterstützung braucht.

Auf dem Parteitag der LINKEN in Bonn im Februar 2019 initiierte Cuba Sí gemeinsam mit anderen Soligruppen, mit Aktivist*innen und einigen Bundestagsabgeordneten eine Aktion für Venezuela auf der Parteitagstagebühne (→ Foto). Der gemeinsame Antrag zur Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in

Lateinamerika, den Cuba Sí und der Parteivorstand an den Parteitag gestellt hatten, wurde von der Internationalen Kommission der LINKEN Anfang März angenommen.

Am 15. Mai waren Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, die Basisaktivistin Julieta Daza und der Journalist Dr. Ingo Niebel Gäste einer Infoveranstaltung von Cuba Sí. Andrej berichtete von seinen rund 30 Gesprächen in Venezuela, die er mit Vertretern der Regierung, der Opposition, mit UN-Institutionen, Kirchen und NGOs geführt hat. Auch bei der Manifestation zur Solidarität mit Venezuela am 28. Mai 2019 in der Berliner Urania war Cuba Sí dabei und hat das Organisationsteam der Tageszeitung „Junge Welt“ finanziell unterstützt.

Was sonst noch geschah

- Rund 120 Teilnehmer zählte die zweite Kuba-Konferenz der LINKEN am 26. Januar, initiiert vom Ältestenrat der Partei und von Cuba Sí. Aus Kuba nahmen Joaquín Bernal Rodríguez (Abgeordneter der Nationalversammlung) und Adalberto Ronda Varona (Forschungszentrum Internationale Politik) an der Konferenz teil.
- Cuba Sí Leipzig hatte am 22. März am Rande der Buchmesse die Autoren André Scheer und Volker Hermsdorf eingeladen, die ihre Bücher über Che Guevara und Fidel Castro vorstellten.
- Am 26. März war Cuba Sí Hamburg Gastgeber für eine Veranstaltung im „Centro Sociale“ zum Thema: „Die Zukunft von ALBA–Kuba sowie die Entwicklung in Lateinamerika“.
- 18. Mai, Bochum: Konferenz des Netzwerk Cuba e.V.: „60 Jahre kubanische Revolution – Fidels Ideen leben weiter“. Referentin war Francisca López Civeira, Leiterin beim Aufbau des Fidel-Castro-Instituts in Havanna.
- Cuba Sí Braunschweig und das Universum-Filmtheater hatten am 3. Juni zum Dokumentarfilm „Winter in Havanna“ eingeladen. Gesprächspartner in der anschließenden Diskussion war Justo Cruz, Koordinator bei Cuba Sí.
- 22. Juni, Fest der Linken: Cuba Sí diskutierte auf der Talkbühne mit dem kubanischen Historiker Yoel Cordoví Núñez über die gegenwärtigen Entwicklungen in Lateinamerika.

Vorschau

- 24.–25. August: 3. Kuba-Jugendkonferenz. Eine junge Abgeordnete aus der kubanischen Nationalversammlung spricht über die neue Verfassung Kubas, es gibt kubanische Musik, leckere Cocktails, einen Film und eine Fiesta Cubana. **Infos:** www.netzwerk-cuba.de
- Die Demonstrationen und Kundgebungen für Venezuela gehen weiter! So z.B. in Berlin, jeden Sonnabend, 14 Uhr vor dem Brandenburger Tor.
- Cuba Sí wird am 21./22. September wieder am linken Volksfest Manifiesta in Belgien teilnehmen. Schon seit mehreren Jahren besteht zur belgischen Gruppe „Cubanismo“ eine enge Verbindung. **Infos:** <https://www.manifiesta.be/nl>
- 18.–20. Oktober: Bundestreffen der Cuba Sí-Regionalgruppen am Werbellinsee. Wir erwarten wieder interessante Gäste aus Kuba. **Infos** bitte per Mail anfordern: berlin@cuba-si.org.
- 29.–31. Oktober: Das Institut für kubanische Geschichte lädt zum III. Internationalen Symposium „Die kubanische Revolution – Entstehungsgeschichte und historische Entwicklung“ ein. Havanna, Kuba. **Anmeldung:** www.ihc.cu
- 11. Januar 2020: XXV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, Mercure Hotel Moa, Berlin. **Infos:** www.rosa-luxemburg-konferenz.de
- 12. Januar: Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Berlin-Friedrichsfelde. **Infos:** www.die-linke.de

Studieren in Kuba

Du möchtest Kuba kennen und verstehen lernen? Du würdest gern für ein Semester in Kuba studieren und politisch aktiv sein? Dann ist das „Proyecto Tamara Bunke“ genau das Richtige für Dich! Insbesondere für junge Menschen ist dieses Projekt gedacht, um die Realität des kubanischen Sozialismus kennenzulernen, sowohl in der Theorie durch gesellschaftswissenschaftliche Kurse an der Uni als auch in der Praxis bei Exkursionen und im Alltag.

Für die Teilnahme ist es nicht notwendig, dass Du in Deutschland studierst. Vorausgesetzt wird ein solidarisches Interesse an Kuba und seinem Gesellschaftssystem sowie die Bereitschaft, sich auf Ungewohntes einzulassen. Die nächste Gruppe fährt im Februar 2020 nach Kuba; ein Vortreffen gibt's im November 2019. Na, bist Du neugierig geworden? Wir freuen uns auf Dich!

- **Infos:** <https://berichteaushavanna.de>,
Mail: berichteaushavanna@yahoo.de



Impressum

Herausgeber: Cuba Sí, Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
V.i.S.d.P. und Gestaltung: Jörg Rückmann
Druckerei: DruckZuck, Berlin

Redaktionsschluss: 19. Juli 2019
Cuba Sí revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030.24 009 456, -457
www.cuba-si.org, berlin@cuba-si.org

Wer Kuba unterstützen möchte:

Spendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí:

- Berliner Sparkasse
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BELADEBEXXX

Bitte Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“

Cuba Sí